

E-Zustellung im föderalen Kontext

Maggingen, 28. April 2026

Auftrag und Struktur der Zusammenarbeitsorganisation DVS

Auftrag der DVS

Die DVS verfolgt einen vernetzten, gesamtschweizerischen Ansatz, unter Einbezug aller drei Staatsebenen.

Sie wurde von **Bund und Kantonen** zur Steuerung der digitalen Transformation im föderalistischen System geschaffen.

Die Zusammenarbeit regelt die «Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz» von 2021.

Gemeinsame Finanzierung zur Umsetzung der Agenda DVS mit Finanzierungsvereinbarung 2024-2027 gemäss Art.16 EMBAG.

DVS ist Hauptaktionärin **von eOperations Schweiz AG** und Partnerin des **Vereins eCH**.

Struktur der DVS



Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027»

Die Strategie ist eine gemeinsame Strategie von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden.

Sie richtet sich übergreifend an die öffentlichen Verwaltungen der Schweiz.



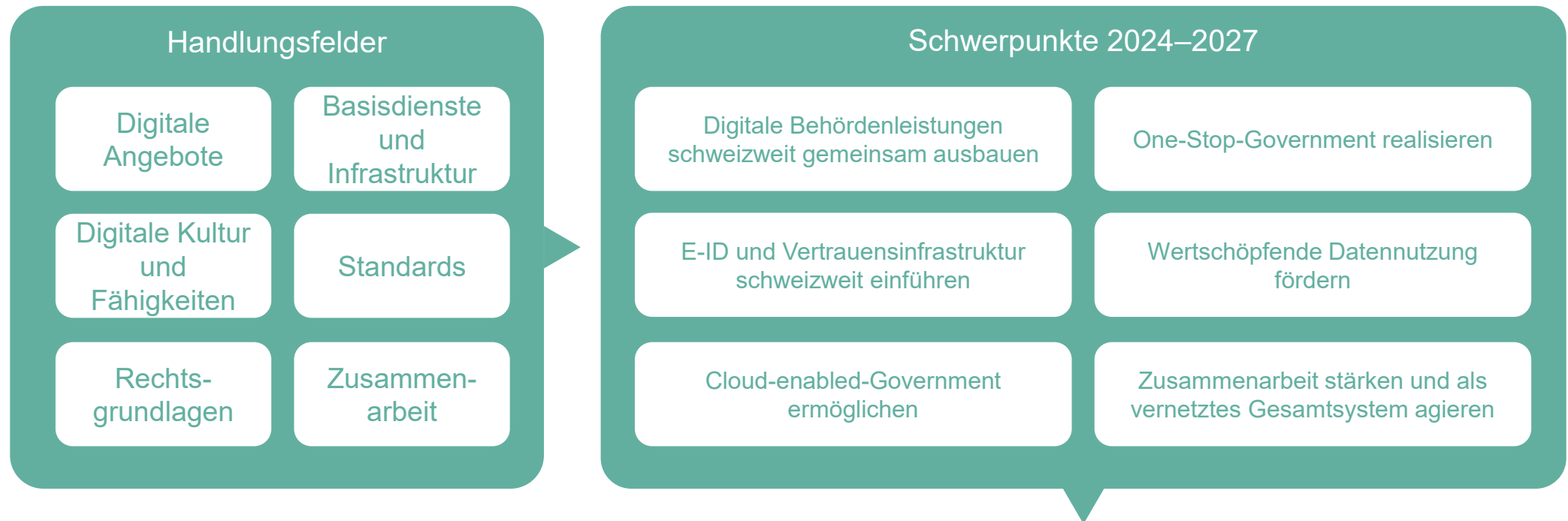
digitale-verwaltung-schweiz.ch/strategie



Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027»

Leitbild: Der Bevölkerung, den Unternehmen und auch weiteren Anspruchsgruppen wird eine effektive, transparente und sichere **digitale Interaktion mit der öffentlichen Verwaltung** ermöglicht.

Die Verwaltungen von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden erbringen als **vernetztes Gesamtsystem** durchgängig digitale Behördenleistungen.



Umsetzungsplan DVS mit Agenda DVS

Umsetzung der Massnahmen erfolgt mittels rollender Planung / Anschubfinanzierung 2024–2027

Vorprojekt sichere Zustellung

Warum beschäftigt sich die DVS mit dem Thema E-Zustellung?

Anschubfinanzierung sichere Zustellung auf Wunsch der Träger mit Fokus Standardisierung und Interoperabilität (2025–2027)

2025 Vorprojekt mit dem Ziel, eine Übersicht zur aktuellen Situation rund um das Thema zu erlangen sowie Handlungsoptionen und Massnahmen zur Umsetzung abzuleiten

➔ Geschäftsfälle, Stakeholdermanagement, rechtliche Situation, Bedürfnisse, Lösungen, Massnahmen

Digitale Verwaltung Schweiz
Administration numérique Suisse
Amministrazione digitale Svizzera

01 / 29

Ergebnisbericht Vorprojekt «sichere Zustellung»

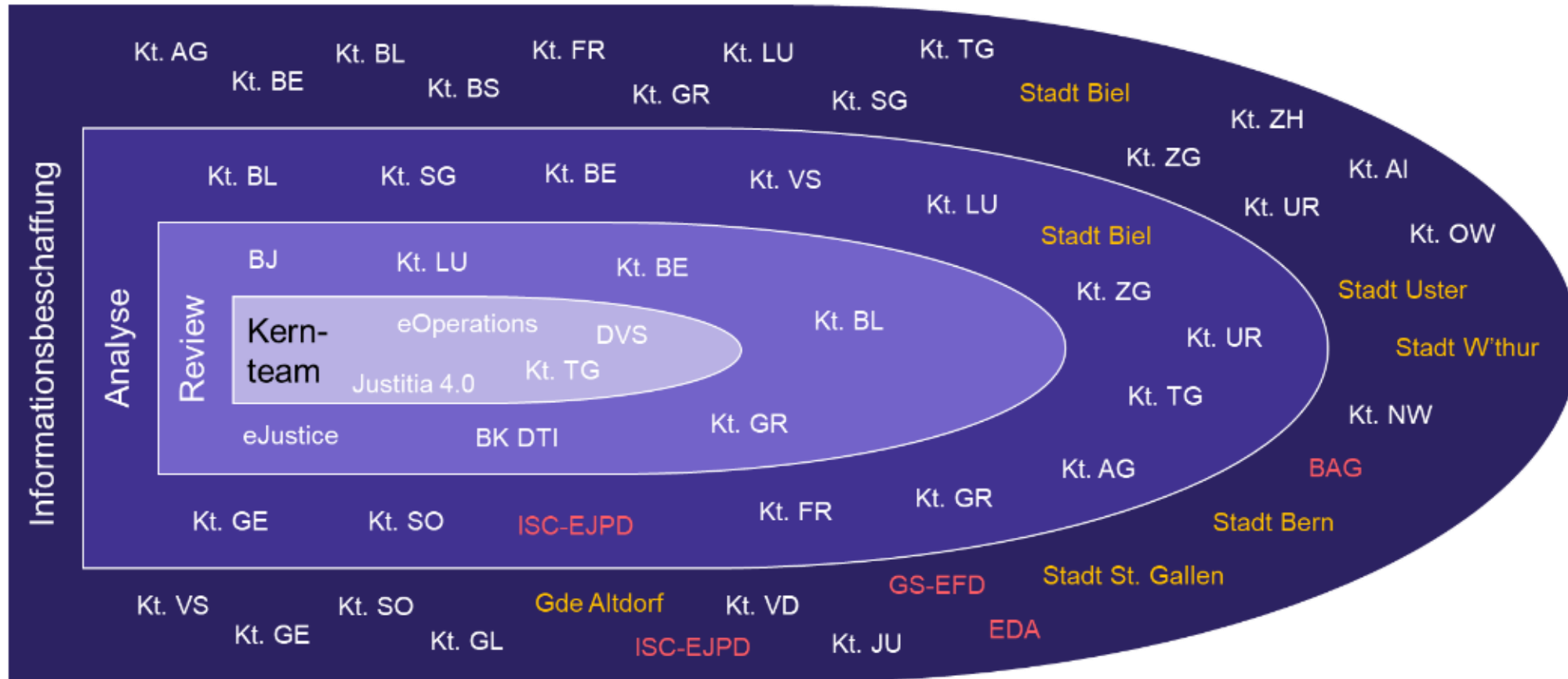
Projekt:		Datum:	
Vorprojekt «sichere Zustellung»	Ergebnisbericht	17.02.2026	0.97

Inhaltsverzeichnis		
1	Management Summary	4
2	Einleitung	7
2.1	Hintergrund	7
2.2	Zielsetzung und Fragestellung	7
2.3	Methodik und Vorgehen	7
2.4	Informationsquellen	8
2.5	Umriss	8
3	Rechtliche Situation	9
3.1	Bund	9
3.2	Kantone	10
3.3	Fazit	10
4	Lösungen	11
4.1	Big Picture	12
4.2	Fazit / Defizite der Lösungen	13
5	Erhebung der Situation in den Verwaltungen	15
5.1	Heutige Situation	15
5.2	Standardisierung	17
5.3	Zusammenarbeit	18
6	Defizite & Handlungsempfehlung	19
6.1	Defizite der heutigen Situation	19
6.2	Handlungsempfehlungen	20
7	Massnahmen	23
7.1	Inhaltliche Massnahmen	23
7.2	Koordinative Massnahmen	25
8	Anhänge	26
8.1	Gesprächsprotokoll	26
8.2	Projektübersicht «Anschubfinanzierung sichere Zustellung»	28
8.3	Lösungen zur direkten Zustellung	29
8.4	Portallösungen	34
8.5	Justiz-Plattform	37
8.6	Speziallösung (Kommunikation unter juristischen Personen)	40
8.7	Beispiel digitaler Schalter des Kantons Thurgau	41
8.8	Sprachregelung des BJ vom 06.11.2025	45
8.9	Kantonale Rechtsgrundlagen	49
8.10	Generscher Geschäftsfall als Use Case für Umriss	59

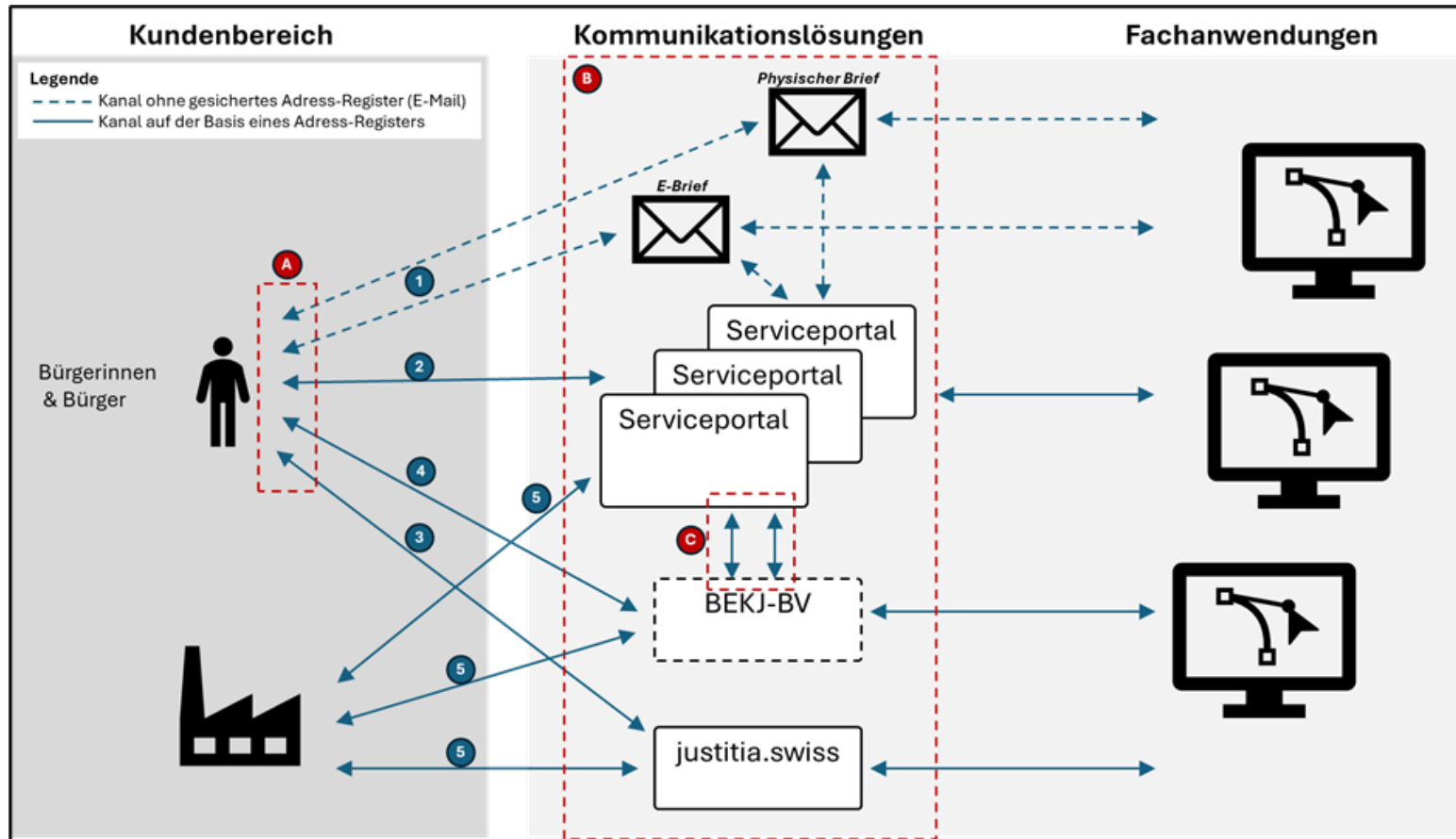
Digitale Verwaltung Schweiz
Haus der Kantone
Speichergasse 6
CH-3003 Bern
digitale-verwaltung.schweiz.ch

Vorprojekt sichere Zustellung

Stakeholder im Projekt



Big Picture mit Defiziten



Defizite

- A** Harmonisierung der Kanäle
→ Fokus auf eine harmonisierte, einheitliche Zustellungslösung für Bürgerinnen und Bürger
- B** Etablierung der Interoperabilität
→ Fokus auf Interoperabilität und der Etablierung von Standards und Architektur-Grundsätzen
- C** Abgleich Adresdaten
→ Fokus auf die Verwendung und gegenseitige Synchronisierung von Adressverzeichnissen

Erkenntnisse & Handlungsfelder

Geschäftsfall-Typisierung

- Verwendung gezielter Lösungen;
- Nicht alle Geschäfte können über eine Lösung abgewickelt werden;
- Über eine Geschäftsfall-Typisierung kann eine übergreifende Standardisierung im Umgang mit Geschäftsfällen erreicht werden.

Etablierung der Interoperabilität

Interoperabilität kann erreicht werden durch:

- Gemeinsame Standards und Protokolle
- Schnittstellen (API)
- Middleware/Integrationsplattformen
- Semantische Interoperabilität
- Datenharmonisierung

Abgleich Adressdaten

- Heutige Systeme verwenden oft eigene, voneinander unabhängige Adressdatenbanken.
- Harmonisierung/zentrale Abstimmung dieser Datenbestände findet meist nicht statt.

Mögliche Weiterentwicklung:

- Einführung zentrales Adressverzeichnis, in dem sich Nutzende selbst registrieren oder eine Adresse «von Amtes wegen» erhalten können.
- Eindeutige, überprüfbare und übergreifend konsistente Adressbestände.

Massnahmen

Typisierung Geschäftsfälle

Ziel: Typisierung der Geschäftsfälle und Regelung über die Art und Weise der Anwendung. Einordnung der kantonalen Geschäftsfälle anhand der entwickelten Typisierung.

Termin: Ende 2027

Lead: DVS

Konkretisierung Gesamtarchitektur

Ziel: Definition Architekturgrundsätze und Entwicklung der Referenzarchitektur. Eingabe in und Behandlung durch Vertiefungsgruppe Referenzarchitektur

Termin: Q1 2026

Lead: DVS

Planung Standardentwicklung

Ziel: Definitionen von Standards (so weit wie möglich), welche die Interoperabilität unter den Zustellösungen fördern inkl. Implementierungsplan

Termin: Ende 2027

Lead: DVS

Prüfung Adressverzeichnisse

Ziel: Bericht über die Möglichkeiten einer Verwendung und gemeinsamen Nutzung von Adressverzeichnissen, inkl. möglichen Vorgehen

Termin: Mitte 2027

Lead: in Prüfung

Einbezug DVS und der Kantone/ Gemeinde/Städte in das Vorhaben BEKJ-Bundesverwaltung

Mit dem Einbezug von DVS in das Vorhaben BEKJ-Bundesverwaltung wird eine übergreifende Abstimmung und ein geordneter, behördenübergreifender Informationsaustausch sichergestellt.

Prüfung der Etablierung einer Arbeitsgruppe/Community zum Thema

DVS bietet bestehende oder neue Arbeitsgruppen zur Mitwirkung bei den inhaltlichen Massnahmen und der behördenübergreifenden Koordination von Themen an.

Geplante nächste Schritte

- Start Umsetzung der Massnahmen
- Klärung strategischer Handlungsbedarf hinsichtlich einer einheitlichen Plattformlösung für Verwaltungsverfahren Bund/Kantone

Merci